

Herrn Oberbürgermeister
Heinz Fenrich
Rathaus Marktplatz

761333 Karlsruhe

27.04.2000

Gründung einer Bürgerstiftung "Wir für Karlsruhe"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

eine der Leitlinien der Fraktion "FDP/Aufbruch für Karlsruhe" ist es, die bürger-schaftliche Verantwortung der Menschen für ihre Stadt wieder deutlicher zu machen und nachhaltig zu unterstützen. Es ist nicht die Stadt, die das Zusammenleben ihrer Bewohner regelt, es sind zu allererst einmal die Bewohnerinnen und Bewohner selbst. Wir wollen die Übernahme von Selbst- und Mitverantwortung wecken und darauf hinweisen, dass die Zukunft unserer Stadt nicht in immer mehr Verteilung von öffentlichen Geldern liegt, sondern im Gegenteile eher im Rückzug der Stadt aus vielen Gebieten, bei denen sie in die Selbstbestimmung ihrer Bürger eingreift. Im Gegenzug wird so möglich, die allseits gewünschte und notwendige Senkung von Steuern und Gebühren umzusetzen.

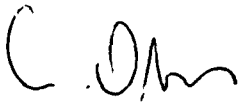
Aber Verantwortung heißt eben auch Verantwortung für den Nächsten. Und dieses Prinzip Verantwortung ist mehr als eine Aufforderung an caritative Vereinigungen. Es geht jeden an, gerade die "Spitzen" der Gesellschaft müssen bei diesem Thema beispielgebend vorausgehen. Ein regelmäßiges Mäzenatentum ist aber in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern noch unterentwickelt. Allerdings gibt es jüngste Bestrebungen, das zu ändern. Ich denke dabei an die notwendige Novellierung des Stiftungsrechts, die die Bundesregierung gerade vorbereitet.

Mit diesem Brief an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, möchte unsere Fraktion das Signal zu einer

Bürgerstiftung mit dem Arbeitstitel "Wir für Karlsruhe"

setzen, die diese Gedanken in unserer Stadt umsetzt. Wir wollen ausdrücklich anmerken, dass es sich hier um eine erste Gedankenskizze handelt, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Um Raum für Diskussionen, die vielleicht auf Ihre Einladung hin zunächst im Kreise der Fraktionsvorsitzenden begonnen werden können, zu lassen, habe ich auch davon abgesehen, zu diesem Zeitpunkt einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Obert
Fraktionsvorsitzender

Anlage

Bürgerstiftung "Wir für Karlsruhe"

1. Grundgedanken:

- Das (berechtigte) Ziel aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die nachhaltige Senkung von Steuern und Abgaben in Deutschland, begrenzt den Ausgabenspielraum der öffentlichen Haushalte.
- Das Zusammenleben in der Stadt wird künftig weniger geprägt vom Verteilen öffentlicher Gelder als von Selbst- und Eigenverantwortung.
- Die Bereitschaft für zwischenmenschliche Hilfe im privaten Bereich (z. B. Spendenaktionen) steigt ebenso wie im gewerblichen Sektor (Sponsoring). Unterentwickelt ist in Deutschland noch das regelmäßige Mäzenatentum in Stiftungen u. a.
- Das Prinzip Eigen- und Selbstverantwortung ist mehr als eine Aufforderung an caritative Vereinigungen. Es geht jeden an, gerade die "Spitzen" der Gesellschaft müssen bei diesem Thema beispielgebend vorausgehen. Die Bereitschaft Wohlhabender, sich für ihre Stadt einzusetzen, ist zweifellos vorhanden, aber noch zu wenig getestet.

2. Lösungsskizze:

- Gründung einer Bürgerstiftung mit dem Arbeitstitel "**Wir für Karlsruhe**".
- Der Zweck der Stiftung kann im allgemeinen sozialen Bereich liegen; es kann aber auch eine der TechnologieRegion angepasste Aufgabe sein wie etwa die Förderung von hochbegabten Kindern aus finanziell schwachen Familien. Ein (von den späteren Stiftern abänderbarer)

erster Stiftungszweck sollte im engsten Kreise (z. B. OB mit den beiden Stadtdekanen) vorberaten werden.

- Die Stadt beteiligt sich in der Entwicklungsphase der Stiftung mit einer Einlage. Z. B. könnte jede Stiftermark eine Einlage in gleicher Höhe durch die Stadt auslösen; auch Erbschaften könnten in die Stiftung eingebracht werden.

3. Anmerkungen:

- Diese Bürgerstiftung ist zu vorhandenen Initiativen keine Konkurrenz. Weder caritative Sammlungen noch Wohltätigkeitsveranstaltungen (z. B. Bürgerball) oder Spendenaktionen (z. B. BNN-Weihnachtsaktion, Spontanaktionen bei Katastrophen) leben in der Regel von den Bevölkerungskreisen, die mit der Bürgerstiftung "Wir für Karlsruhe" erreicht werden sollen.
- Der öffentliche Haushalt der Stadt wird im wesentlichen von Gewerbesteuer- und Einkommensteuerpflichtigen getragen. Die in den letzten Jahren immens angewachsenen Geldvermögen werden in der Regel nicht in die Verantwortung für "ihre" Stadt einbezogen. Dies ist ein Ansatzpunkt für die Bürgerstiftung.
- Es darf keine öffentliche Bevormundung dieser privaten Initiative geben. Das würde die Motivation der Stifter untergraben und die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Hilfe verwischen.